

100 neue Referendarstellen

Initiativen der GEW zeigen Wirkung



Bernd Winkelmann

Landesvorstandssprecher

Seit geraumer Zeit haben Landes- und Stadtverbandsvorstände der GEW in Bremen und Bremerhaven auf den anstehenden Generationenwechsel in den Lehrerzimmern unseres Bundeslandes hingewiesen. Mit Hilfe eines von Prof. Klaus Klemm im Sommer 2009 vorgelegten Gutachtens gelang es, die Situation um die Versorgung der Schulen mit qualifizierten Lehrkräften zu präzisieren. Klemm berechnete, dass im Lande Bremen bis zum Schuljahr 2015/16 jährlich 367 Lehrpersonen, in den darauf folgenden fünf Jahren 272 neue KollegInnen gebraucht würden. Wenngleich die Summe der Absolventen insbesondere durch die neue Struktur in den Lehramtsstudiengängen nur bedingt bestimmt werden konnte, so wurde doch eines deutlich: Weder die Anzahl der Studierenden noch die vorgehaltenen Referendarplätze reichen aus, um den Bedarf an Lehrkräften decken zu können. Die GEW hatte daraufhin ein Sofortprogramm zur Lehrerausbildung gefordert, das u.a. folgende Punkte umfasste:

- die Aufstockung der Referendarplätze auf 600 Stellen;
- die Reduzierung des bedarfsdeckenden Unterrichts für ReferendarInnen von 10 auf 6 Stunden;
- mehr Zeit für MentorInnen und MitarbeiterInnen des Landesinstituts für Schule, um eine hochwertige Ausbildung zu gewährleisten;
- ein gezieltes Weiterbildungsprogramm in Mangelfächern für KollegInnen, die bereits im Schuldienst arbeiten.

Vor diesem Hintergrund wird der Erfolg der GEW deutlich, der sich in der Januar-Deputationsvorlage zur Erhöhung der Plätze im Vorbereitungsdienst um 100 Stellen zeigt: Die durch uns angeschobene öffentliche Debatte über den drohenden LehrerInnenmangel zeigt Wirkung; 550 Ausbildungsplätze sind nicht 600, aber immerhin!

Der kritische Punkt

Kommt man in der Deputationsvorlage dann zum Abschnitt „finanzielle Auswirkungen“, so wird der kritische Punkt dieses Papiers deutlich. Die „Mehrkosten für die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten“ müssen in Bremen innerhalb des „Produktbereiches Bildung“ erbracht, in Bremerhaven mit dem Personalkostenzuschuss des Landes verrechnet werden. Damit erfolgt eine Anrechnung dieser Stellen auf den Einstellungskorridor. Hier entsteht ein gravierender Widerspruch zu den Zusagen der Koalition und des Präsidenten des Senats. Jede freiwerdende Stelle sollte auch bei sinkenden Schülerzahlen wiederbesetzt werden – das besagt der Koalitionsvertrag in Bremen und das Ergebnis des Bildungsgipfels 2008, dem alle Ministerpräsidenten zustimmten. Die Nutzung dieser sog. „Demografierendite“ ist gerade für Bremen und Bremerhaven sachlich klar begründet: Bremen hat eine bedeutend schlechtere Schüler/Lehrer-Relation als die anderen Stadtstaaten und muss bei der Unterrichtsversorgung Anschluss an die überregionalen Standards finden.

Nach dem richtigen Ansatz, die Referendanzahlen zu erhöhen, müssen nun weitere Schritte im Sinne des von uns geforderten Sofortprogramms folgen. Priorität für die GEW haben dabei die Reduzierung des bedarfsdeckenden Unterrichts und die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen in den Schulen und am Landesinstitut. Die Ausbildung zusätzlicher Referendare darf an den Schulen nicht dazu führen, dass auf Grund der Anrechnung der Auszubildenden auf das Stundenkontingent ältere KollegInnen die Schule verlassen müssen. Ebenso sehr benötigen Schulen und das LIS mehr Zeitkapazitäten: Referendare bedeuten eben auch mehr Arbeit für die Ausbilder.